



Politik

Die Schuldenkrise und die europäische Gewerkschaftsbewegung

Nach dem ›Finanz-Tsunami 2008/2009‹ sind viele EU-Länder nicht um ihre Lage zu beneiden. Europa ist der Kontinent mit den niedrigsten Wachstumsraten, der am meisten von der Finanzspekulation geplagt ist. Die Schuldenlast und die enormen makro-ökonomischen Ungleichgewichte zwischen Ländern der Euro-Zone – Folgen der neoliberalen Politik der letzten Jahrzehnte – wiegen schwer. Es ist kein Zufall, dass gerade Irland, der ›Musterschüler‹ der neoliberal ›disziplinierten‹ Haushaltspolitik, an den Rand des Konkurses geraten ist. Die Immobilienkrise und die Rettung der Banken haben das Haushaltsdefizit zwischen 2007 und 2010 von beinahe Null auf –32,3 Prozent (in Prozent des BIP) und die Schuldenquote von 25 auf 84,1 Prozent klettern lassen. Nach der gelungenen Rettung des Bankensystems und einer ersten Runde von Ankurbelungsmassnahmen sind die EU-Behörden und ihre Mitgliedstaaten im Frühling 2010 dazu übergegangen, überall harte Sparprogramme zu verordnen. Ziel ist dabei, die enormen Kosten der Finanzkrise auf die Beschäftigten und die Bezüger von sozialen Transferleistungen zu übertragen.

Nationale Sparprogramme und ›Pakt für den Euro‹: Eine Sackgasse

Die nationalen Sparprogramme vor allem in den so genannten PIGS-Staaten (Portugal, Irland, Griechenland und Spanien) und in einigen mittel- und osteuropäischen Ländern wie Rumänien und Litauen haben ein unglaubliches und beispielloses Ausmass angenommen. Die sozialen Auswirkungen sind massiv: Abbau von Hunderttausenden Arbeitsplätzen und Kürzung der Löhne im öffentlichen Dienst (5% in Spanien, 15% in Griechenland, bis zu 20%

Vasco Pedrina

ist Nationaler Sekretär der Unia, Vizepräsident der Bau- und Holzarbeiter-Internationale und Vertreter des Schweizer Gewerkschaftsbundes (SGB) im Vorstand des Europäischen Gewerkschaftsbunds EGB. Die Unia organisiert die Arbeitnehmer in Industrie, Gewerbe, Bau und privatem Dienstleistungssektor. Neben der Unia sind im SGB 15 Einzelgewerkschaften zusammengefasst.



Politik

in Irland, 30% in Rumänien) mit entsprechender Signalwirkung auf den privaten Sektor; Kürzung der gesetzlichen Mindestlöhne (unter dem Druck von Brüssel musste die irische Regierung den Mindestlohn um 11,6% auf 7,65 Euro kürzen); Senkung der Renten und Erhöhung des Rentenalters (z.B. in Spanien); Kürzung der so genannten ›sozialen Amortisatoren‹ (Arbeitslosenentschädigungen, Sozialhilfe, Familienunterstützung); Abbau beim ›Service public‹ und bei den öffentlichen Infrastrukturen. Zudem wurden in mehreren Ländern (Griechenland, Spanien, Rumänien, Ungarn, Portugal, usw.) unter dem Deckmantel der Arbeitsflexibilisierung Arbeitsmarktreformen durchgeboxt, die sowohl einen Abbau des Arbeitsschutzes als auch eine Schwächung der Gewerkschaften mit sich bringen. Es geht nicht nur um Massnahmen wie die Lockerung des Kündigungsschutzes, sondern auch um ›Öffnungsklauseln‹, die den Firmen erlauben, nationale Branchenverträge zu unterbieten.

Diese nationalen Sparprogramme sind das Resultat einer koordinierten Politik der EU, die sich in ihren grossen Zügen schon mit dem ersten EU/IWF-›Rettungsplan‹ für Griechenland vom Frühling 2010 abgezeichnet hat – in Verbindung mit dem so genannten ›verstärkten Stabilitätspakt‹. Nachfolger dieses Pakts waren im Januar 2011 der Vorschlag Merkel/Sarkozy für einen ›Wettbewerbspakt‹ und ein paar Monate später der ›Pakt für den Euro‹ – als Pendant zum neuen ›Rettungsfonds‹ (ESM), der ab 2013 den bisherigen EMSF ablösen soll.

Mit dem Euro-Pakt geben sich die EU und die Mitgliedstaaten extrem restriktive und anti-soziale Regeln. Der erste Schritt wurde bereits im vergangenen Jahr mit dem unrealistischen Ziel beschlossen, das jährliche Haushaltsdefizit bis 2013 überall auf drei Prozent zu reduzieren (inzwischen spricht man für einzelne Länder von 2014/15). Der Euro-Pakt bestätigt aber nicht nur die Grenzen von drei Prozent des BIP für das Haushaltsdefizit und von 60 Prozent für die Schuldenquote. Die Länder, die über diesen beiden Quoten liegen, müssen dazu jedes Jahr zusätzlich ihre Schulden um einen Zwanzigstel reduzieren. Für Portugal, dessen Schuldenquote bei mehr als 80 Prozent liegt, bedeutet das eine zusätzliche jährliche Kürzung von ein Prozent, für Italien zusätzliche Sparmassnahmen in Höhe von rund 45 Milliarden Euro. Unter dem Deckmantel des Kampfes gegen die ›makro-ökonomischen Ungleichgewichte‹ werden Mechanismen eingeführt, die den EU-Behörden Mittel in die Hände geben, Druck auf die einzelnen Mitgliedstaaten auszuüben. Konkret bedeutet das unter anderem die Einführung eines ›Lohn- und Rentekorsetts‹, die Harmonisierung des Rentenalters nach oben und die Einführung von nationalen ›Schuldenbremsen‹. Das Lohnkorsett zeitigt



Politik

einen EU-Druck für die Abschaffung jeglicher Form von Lohnindexierung, Grenzen bei den Lohnerhöhungen (Koppelung an die Produktivitätsentwicklung, aber nicht mehr an die Inflation) und Erleichterungen für das Lohndumping. Das Ganze stellt eine Säule des bisherigen ›europäischen Sozialmodells‹ in Frage, nämlich die Tarifautonomie der Sozialpartner. Wie die bereits erwähnten Beispiele zeigen, sind diese neuen Regeln in einigen Ländern bereits angewendet worden, bevor sie überhaupt in Kraft getreten sind!

Diese Politik ist nicht nur mit unermesslichen sozialen Leiden verbunden, sondern mündet auch in eine volkswirtschaftliche Sackgasse. Griechenland führt uns das heute schon vor Augen, Irland, Portugal, Spanien und bald Italien, das von den Ratingagenturen kürzlich vorgewarnt wurde, werden folgen. Griechenland praktiziert bereits das vierte Sparprogramm innerhalb von anderthalb Jahren. Den Prognosen nach hätte das Haushaltsdefizit auf 8,1 Prozent im Jahr 2010 gedrückt werden sollen, in der Tat ist es bei 10,5 Prozent verharrt. Die Schuldenlast ist auf 143 Prozent geklettert und soll 2011/2012 nochmals um 16 Prozent steigen, während die Risikozuschläge für griechische Staatsanleihen eine Rekordhöhe von mehr als 20 Prozent erreicht haben. Eine wirklich ausweglose Situation! Der Grund ist einfach: Die rabiaten Sparrunden haben zu einer schweren und langwierigen Rezession geführt. Gemäss herrschender Politik soll der Schuldenberg durch harte Konsolidierungsprogramme abgebaut werden. Aber die »strikteste Haushaltsdisziplin verpufft, wenn die Volkswirtschaft nicht wächst. Folglich wird sich ein verschärfter Stabilitätspakt erneut als Irrweg erweisen«.¹

Auch das in die Wege geleitete Verfahren der EU-Behörde zur Bekämpfung der makro-ökonomischen Ungleichgewichte (Excessive Imbalances Procedure) ist untauglich. Das Auseinanderdriften der Leistungsbilanz-Salden zwischen extrem exportorientierten Ländern wie Deutschland oder Finnland und Defizitländern wie den PIGS-Staaten will man nicht bekämpfen, indem man die – seit dem ›Bündnis für Arbeit‹ in den 1990er-Jahren – sehr restriktive Lohnpolitik Deutschlands aufgibt, sondern indem der deutsche Weg den Defizitländern aufgezungen wird, obschon in keinem dieser Länder »die Löhne stärker als die Marge aus Inflationsrate und Produktivitätswachstum gestiegen sind«.² Eine restriktive Lohnpolitik schwächt bekanntlich überall die Binnennachfrage und lässt die Ungleichgewichte mit den dazu gehörigen politischen Spannungen zwischen den betroffenen Ländern weiter zunehmen. Diese Spannungen bringt auf der politischen Ebene vor allem die rechtspopulistische Welle zum Ausdruck.



Politik

EGB-Forderungen für eine alternative Wirtschaftspolitik

An seinem Kongress in Athen Mitte Mai 2011 hat der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) seine Opposition zur herrschenden Wirtschaftspolitik bekräftigt und einen Kurswechsel gefordert. Nur mit einem Mix von Massnahmen, die auf Wachstum und gestaffelten Abbau der Schuldenberge und der Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzsalden setzt, könne man aus der schweren Euro-Krise herauskommen. In einer vom Kongress verabschiedeten Resolution³ fordert der EGB deshalb einen ›New Social and Green Deal‹. Konkret:

- Einen ehrgeizigen europäischen Investitions- und Beschäftigungsplan, finanziert mit den nicht in Anspruch genommenen Mitteln der EU-Strukturfonds
- Die Herausgabe von Euro-Bonds (= EU-Obligationen), unterstützt von der Europäischen Zentralbank (EZB), um den Druck auf die Volkswirtschaften in Not zu reduzieren
- Die Bereitstellung von liquiden Mitteln mit niedrigen Zinssätzen durch die EZB gemäss den Bedürfnissen der EU-Mitgliedstaaten, wie es für den Bankensektor praktiziert wird (nötig wäre sogar eine grundsätzlichere ›Umschuldung‹, das heisst einen zumindest teilweisen Schuldenerlass für die am stärksten verschuldeten Länder)
- Die Entwicklung einer ökologischen (kohlenstoffarmen) Industriepolitik, unterstützt durch eine Reform der Fiskalpolitik. Diese soll dem verbreiteten Dumping-Steuerwettbewerb zwischen den Staaten einen Riegel schieben und neue Instrumente wie eine europäische Finanztransaktionssteuer und eine Boni-Steuer einführen.

Der EGB fordert auch eine grundlegende Überarbeitung des Euro-Paktes, vor allem was die vorgesehenen Massnahmen im Lohnbereich angeht. Es ist völlig inakzeptabel und kontraproduktiv, die zentralisierten Tarif- und Lohnverhandlungen in Frage zu stellen, Lohnzuwächse nur im Rahmen der Produktivitätsentwicklung, aber ohne Berücksichtigung der Inflationsrate zu erlauben, Druck auf die Renten auszuüben, und so weiter. Die Tarifautonomie der Sozialpartner darf nicht tangiert werden, Lohndumping darf nicht EU-Politik werden. Im Gegenteil: Es braucht eine expansive Lohnpolitik, die die Binnennachfrage stützt und die die zunehmenden Einkommensungleichgewichte reduziert.



Politik

Mobilisierungen und Proteste gegen die soziale Roskur

Für dieses alternative Wirtschaftsprogramm hat der EGB 2010 und 2011 drei europäische Aktionstage organisiert, mit zentralen (in Brüssel) und dezentralen Demonstrationen in den Hauptstädten mehrerer EU-Länder. Eine vierte Demonstration fand am 21. Juni 2011 im Vorfeld der Schlussabstimmung zum Euro-Pakt im EU-Parlament in Luxemburg statt. Nicht nur in Griechenland, wo seit Anfang 2010 ein Dutzend Protesttage und Generalstreiks organisiert wurden, sondern auch in mehreren anderen EU-Mitgliedstaaten haben Demonstrationen und Streiks stark zugenommen. Die Delegierten des EGB-Kongresses mussten jedoch feststellen, dass diese Mobilisierung nicht genügend Druck erzeugt hat, um die neoliberale Walze zu stoppen, geschweige denn einen Kurswechsel herbeizuführen.

Noch in den Zeiten des ›sozialdemokratischen Kompromisses‹ der 1980er- und frühen 1990er-Jahre, als Jacques Delors Präsident der EU-Kommission war, wäre es spätestens nach solchen Protestaktionen möglich gewesen, am Verhandlungstisch mehr oder weniger ausgewogene Kompromisse zu vereinbaren. Heute ist das offensichtlich nicht mehr der Fall. Sowohl die EU-Behörden als auch die einzelnen Mitgliedstaaten haben sich von den sozialen Protesten wenig beeindruckt lassen. Zwar ist es der europäischen Gewerkschaftsbewegung nach monatelangem Druck gelungen, die schlimmsten Formulierungen in den gesetzlichen Entwürfen zum Euro-Pakt streichen zu lassen, aber die Stossrichtung der neuen Regeln bleibt in ihrem anti-sozialen Kern weiterhin bestehen. Nicht besser läuft es mit den nationalen Sparprogrammen, deren einseitige Auswirkungen zulasten der Arbeitnehmenden sich von Runde zu Runde verschärfen, wie die Entwicklungen in Griechenland und Portugal am krassesten zeigen. Die vierte Sparrunde in Griechenland beinhaltet ein beschleunigtes Privatisierungsprogramm von 50 Milliarden Euro (sogar die Wasserversorgung ist davon betroffen), Steuererhöhungen und einen weiteren Abbau im öffentlichen Dienst (weitere Entlassungen und Lohnsenkungen stehen auf dem Programm).

Als ob das nicht genug wäre, werden gleichzeitig zentrale Säulen des ›europäischen Sozialmodells‹ hemmungslos angegriffen. Symptomatisch ist die Weigerung der EU-Behörde, die skandalöse Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) in den Fällen Laval, Viking, Ruffert und Luxemburg von 2007/08 auf gesetzlichem Weg zu korrigieren. Dabei wurden grundlegende Prinzipien zur Disposition gestellt, wie der Vorrang der sozialen Grundrechte vor den Binnenmarktfreiheiten, wie ›Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit am gleichen Ort



Politik

(Vorortsprinzip bei der Lohnfestlegung), das Streikrecht im Kampf gegen Lohndumping und die Tarifautonomie.⁴

Europäische Gewerkschaftsbewegung am Scheideweg

Die Entwicklung ist Besorgnis erregend: Das ›soziale Europa‹ ist massiv unter Druck geraten. Eine nüchterne Analyse des aktuellen Kräfteverhältnisses und der sozialen Dynamik in Europa führt zum Schluss, dass ein Kurswechsel nur mit europäisch koordinierten Streikbewegungen von ganz anderen Dimensionen als die bisherigen Aktionstage und nationalen Streiks möglich wäre. In der Tat haben wir es aber infolge der Krise und der herrschenden Politik mit geschwächten Gewerkschaften zu tun, die sich immer mehr in den nationalen Rahmen zurückgezogen haben, um dort sozialen Widerstand zu leisten. An europäischen Mobilisierungen haben sie sich nur mit beschränkter Energie beteiligt, und es war eindeutig zu wenig: EGB-Demonstrationen in Brüssel mit 50'000 Teilnehmenden von einer Organisation, die mehr als 60 Millionen Mitglieder vertritt, reichen nicht aus. Deshalb ist es an der Zeit, die gewerkschaftliche Strategie zu überdenken. Welcher Ausweg? Welcher Befreiungsschlag?

Eine entsprechende Debatte ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung und in der politischen Linken im Gange. Dabei sind zwei Strömungen auszumachen: Die eine plädiert für eine Strategie der ›Renationalisierung der Politik‹. Die Anhänger dieser ›Rückzugs-Strategie‹ (oder, wenn man will, des ›Réduit national‹) vertreten die These, dass sich die EU auf dem hoffnungslosen Weg des ultraliberalen und antisozialen Zerfalls befindet. Die einzige realistische Antwort sei die Bildung von Widerstandsnetzen und die Verteidigung des Sozialstaates im nationalen Rahmen. Die linken Exponenten, die solche Positionen vertreten, finden sich de facto im gleichen Lager wie die Konservativen in der Gewerkschaftsbewegung, die, wie die Nordischen Bünde, mit Abschottungsversuchen ihr ›Nordisches Modell‹ bewahren möchten, so als ob dieses Modell nicht auch von den neuesten Entwicklungen bedroht wäre.

Die zweite Strömung vertritt die ›Vorwärts-Strategie‹ einer Europäisierung der sozialen Kämpfe. Gemäss ihrer These liegt – angesichts der kapitalistischen Globalisierung und der Übermacht der Finanzmärkte – der einzige vielversprechende Ausweg in einem quantitativen und qualitativen Quantensprung in der eigenen Politik und einer Mobilisierung in Europa. Das Zeitfenster, um diesen Sprung zu schaffen, ist nicht lange geöffnet. Die Gefahr ist, dass der Euro-Pakt und weitere Sparpro-



Politik

gramme die Ungleichgewichte innerhalb und zwischen den Ländern in den nächsten Monaten und Jahren so stark verschlechtern, dass die sozialen und politischen Spannungen unerträglich werden, nicht zuletzt wegen der Erstarkung der rechtspopulistischen Kräfte. Die schon jetzt zunehmenden Spannungen zwischen den Gewerkschaftsbünden Nord- und Südeuropas wie auch jenen innerhalb der einzelnen Ländern (siehe in Italien die Spaltung zwischen CGIL, UIL und CISL im Fall FIAT/Marchionne) lassen erahnen, wohin eine solche Entwicklung führen könnte – eben direkt in eine politische Lähmung.

Der Hebel für die Europäisierung der sozialen Kämpfe

Die Streiks und Mobilisierungen in den verschiedenen EU-Ländern während der letzten anderthalb Jahre haben neue Forderungen, neue Aktionsformen und neue soziale Allianzen entstehen lassen, von denen man viel lernen kann. Für eine wirksame europäische Vernetzung der Widerstandskräfte können sie sehr hilfreich sein. Gleichzeitig gilt es, auch auf anderen Wegen an dem qualitativen Quantensprung zu arbeiten. Hier standen im EGB-Kongress zwei mögliche – komplementär wirkende – Kampagnen im Vordergrund, die das Potenzial hätten, eine echte koordinierte Gegenoffensive in die Wege zu leiten. Die eine Kampagne ist eine Antwort auf die herrschende Wirtschaftspolitik. Einerseits geht es dabei um das oben skizzierte Alternativprogramm, andererseits um eine deutlich verstärkte Koordination der Tarifpolitik und eine offensive europäische Mindestlohnpolitik gegen die zunehmende Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse. Entscheidend ist in diesem Zusammenhang die Stärkung der Streikfähigkeit vor Ort, in den Betrieben. Ohne breite Diskussion und ohne Feuer hat der EGB-Kongress einen Antrag der Spanischen Bünde CC.OO und UGT akzeptiert, die den EGB und seine Mitglieder auffordern, koordinierte europäische Streiks bis zu einem europäischen Generalstreik zu prüfen. Der politische Wille dazu scheint leider noch nicht wirklich vorhanden zu sein, aber der Leidensdruck könnte die Stimmung mit der Zeit zum Kippen bringen.

Die zweite Kampagne mit dem Arbeitstitel ›Gleiche Löhne – Gleiche Rechte‹ will den Kampf für die Arbeitnehmerrechte, die fast überall unter die Räder gekommen sind, und den Kampf gegen das sich rasch verbreitende Lohndumping ins Zentrum stellen. Als Hebel für eine solche Kampagne hat der SGB die Lancierung einer Europäischen Bürgerinitiative (EBI) unter dem Motto ›Für ein Europa ohne Sozialdumping – Soziale Grundrechte vor Binnenmarktfreiheiten‹ vorgeschlagen. Gemäss der Lissabonner Verträge können ab dem 1. April 2012 eine



Politik

Million BürgerInnen die EU-Behörden dazu bewegen, gesetzgeberisch aktiv zu werden. Eine EBI würde die EU beauftragen, Vorkehrungen zu treffen, damit der Vorrang der sozialen Grundrechte vor den Binnenmarktfreiheiten sowie das Prinzip ›Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit‹ nach dem Arbeitsortsprinzip in Zukunft für die ganze EU gelten.⁵ Im Zusammenhang mit den EuGH-Entscheidungen Laval und Rüffert würde das bedeuten, dass den entsandten Arbeitnehmern in Schweden schwedische und nicht lettische Löhne bezahlt werden und dass in Deutschland auch polnische Unternehmen regionale Mindestlöhne einhalten müssen.

Die Lancierung einer EBI würde ermöglichen, eine breite politische Sensibilisierung und Mobilisierung in den Betrieben vor Ort und in der gewerkschaftlichen Basis ganz Europas herbeizuführen, was bis jetzt nicht möglich war. Andere soziale Bewegungen und politische Kräfte, die die Sorge um die Zukunft des sozialen Europas teilen, könnten dafür gewonnen werden. Der EGB-Kongress hat dem Antrag für diese zweite Kampagne im Grundsatz zugestimmt und eine Arbeitsgruppe mit der Konkretisierung beauftragt. Er hat aber nicht grünes Licht für den verbindlichsten Hebel dazu gegeben, nämlich die Lancierung der vorgeschlagenen Europäischen Bürgerinitiative. Der mögliche Einsatz eines solchen Instruments wird im Rahmen dieser Arbeitsgruppe noch geprüft. Die Bedenken und Widerstände kommen vor allem aus Ländern wie Frankreich, Belgien oder Italien, deren Gewerkschaftsorganisationen sagen, es gehöre nicht zu ihrer Tradition, Unterschriften für eine Initiative oder eine Petition zu sammeln. Manche von ihnen unterschätzen das Potenzial einer Volksinitiative, um den nötigen politischen Druck aufzubauen und die andauernde politische Blockade zu überwinden.

Der EGB-Kongress hätte ein doppeltes, starkes Signal für eine europäische gewerkschaftliche Gegenoffensive geben können: mit dem klaren politischen Willen zu einer Europäisierung der sozialen Kämpfe und Streiks für eine alternative Wirtschaftspolitik und mit einem klaren Entscheid zugunsten einer EBI für die Arbeitnehmerrechte. Die fehlende Energie dazu lässt sich vermutlich mit den einkassierten Schlägen und der Schwächung der Gewerkschaften in den Jahren der Krise erklären. Man darf trotzdem hoffen, dass eine wirksame Antwort auf der Höhe der aktuellen Herausforderungen möglich sein wird, wenn der Leidensdruck noch zunimmt und sich die Erkenntnis durchsetzt, dass die nötige Kehrtwende nur mit einer verstärkten Koordination und der länderübergreifenden Vernetzung einer kämpferischen Gewerkschaftspolitik zu schaffen ist. Auf dem Spiel steht die Zukunft des sozialen Europas und des europäischen Integrationsprozesses überhaupt!



Politik

Anmerkungen

- 1 Busch, K./Hirschel, D.: Europa am Scheideweg – Wege aus der Krise. Friedrich-Ebert-Stiftung, März 2011, S. 3.
- 2 Ebd., S. 4.
- 3 EGB-Resolution ›Solidarität in der Krise‹ und ›Athener Manifest‹ vom EGB-Kongress 2011, www.etuc.org.
- 4 SGB-Positionspapier ›Stärkung der AN-Rechte in der EU‹ (8/2008); Paul Rechsteiner: Gewerkschaftliche Neupositionierung zur Durchsetzung der AN-Rechte in der EU. Referat an Unia-Oltner-Tagung 1/2009; SGB-Positionspapier ›Zwei Jahren nach den EuGH-Urteilen (Laval, Viking, ...): Bilanz und Perspektiven‹, 8/2010; Vasco Pedrina: Für eine Offensive der europäischen Gewerkschaftsbewegung zum Schutz der Arbeitnehmer-Rechte in der EU, 10/2010.
- 5 Wir verweisen auf das Buch von Alain Supiot: L'esprit de Philadelphie – La justice sociale face au marché total. Editions du Seuil, 2010. (Deutsche Übersetzung vorhanden).